

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	20.11.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Öffentliche Straßenbeleuchtung - LED-Leuchten in Grünzug- und an Radwegen

Betroffene Produktgruppe

11.12.02 Verkehrsanlagen

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Erhaltung und qualitative Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtung

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Verringerung des Energiebedarfs und der CO₂-Emmissionen

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

StEA, 21.02.2012, TOP 11, 3646/2009-2014

BV'en 07.07., 13.07., 14.07.2011

weitere frühere Behandlungen des Beratungsgegenstands s. StEA 22.02.2011, TOP 4.3, Drucksache 0480/2009-2014/2

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

In Grünzug- und an Radwegen sollen ca. 700 Leuchten im Rahmen der Umsetzung der EU-Verordnung 245/2009 gegen Leuchten in LED-Technik ausgetauscht werden. Bei der Auswahl des neuen Leuchtentyps wird die AG Beleuchtung des Stadtentwicklungsausschusses eingebunden.

Begründung:

Die Submission vom 22.08.2012 zum weiteren Einsatz von ca. 5.300 Stück LED-Leuchten in Wohn- und Anliegerstraßen in Bielefeld hat ein erfreulich günstiges Ausschreibungsergebnis gegenüber der Kalkulation des beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingereichten Förderantrages ergeben. Mit Abarbeitung des Auftrages vom 06.09.2012 voraussichtlich im Mai 2013 werden ca. 11.200 Stück Leuchten in den Wohn- und Anliegerstraßen Bielefelds in LED-Technik betrieben werden; damit wird die Austauschaktion in diesen Gebieten abgeschlossen sein.

Durch das günstige Angebot vom August 2012 stehen noch Fördermittel zum Austausch von alten, mit Quecksilberdampflampen bestückten Leuchten zur Verfügung, die in Grünzug- und an Radwegen aufgestellt sind. Für diese Wege soll eine preisgünstige und robuste Leuchte zum Einsatz kommen. Gegen die Erweiterung der Maßnahme gibt es keine grundsätzlichen Einwände durch den Fördergeber. In einem zweistufigen Verfahren soll zunächst im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nach VOL und unter Beteiligung der AG Beleuchtung des Stadtentwicklungsausschusses der neue Leuchtentyp bestimmt werden. Anschließend soll im Rahmen einer öffentlichen VOB-Ausschreibung die Montagefirma beauftragt werden.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Moss